



HESSISCHER LANDTAG

24. 01. 2023

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion DIE LINKE

Der Markt versagt: Breitband- und Mobilfunk ist Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag ist überzeugt, dass leistungsfähige Breitband- und Mobilfunknetze ein Bestandteil der Daseinsvorsorge sind. Eine gleichberechtigte Teilhabe an einer zunehmend digitalisierten Welt setzt voraus, dass die Dienste und Angebote allen Menschen, unabhängig von Einkommen und Wohnort, zur Verfügung stehen müssen.
2. Die bisherige Strategie, ausschließlich auf den sog. „marktgetriebenen Ausbau“ zu setzen, ist gescheitert. Während die Telekommunikationsunternehmen in den urbanen Ballungsräumen hohe Gewinne realisieren, ist der ländliche Bereich immer noch abgehängt. Dem verfassungsmäßigen Auftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen zu schaffen, wird eine Weiterverfolgung dieser Strategie nicht gerecht.
3. Der Landtag stellt fest, dass in Hessen nach den aktuellen Zahlen des Breitbandatlas des Bundes nur 12,25 % der Privathaushalte mit FTTB/H versorgt sind (Stand Mitte 2022) und damit Hessen den 10. Platz im Länderranking belegt. Lediglich bei der Versorgung der Gewerbegebiete mit FTTB/H belegt Hessen mit 61,78 % den 4. Platz im Ländervergleich. Dabei ist selbst bei den Gewerbegebieten festzustellen, dass der gigabitfähige Breitbandausbau den ländlichen Bereich benachteiligt. Im Schwalm-Eder-Kreis liegt die Quote lediglich bei 18,6 %, im Werra-Meißner-Kreis bei 14,1 % und im Odenwaldkreis nur bei 22,6 %.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, statt einer weiteren Subvention der Telekommunikationsanbieter und Netzbetreiber, die Kommunen durch zielgerichtete Förderung selbst in die Lage zu versetzen, den erforderlichen Breitbandausbau voranzutreiben. Die Breitband Nordhessen GmbH als Gemeinschaftsunternehmen der fünf nordhessischen Landkreise Hersfeld-Rotenburg, Kassel, Schwalm-Eder, Waldeck-Frankenberg und Werra-Meißner könnte für alle ländlichen Regionen zur Blaupause werden. Diese kommunalen Zusammenschlüsse müssen jetzt auch in die Lage versetzt werden, gemeinsam mit den Gemeinden den FTTB/H-Ausbau voranzutreiben.
5. Im Bereich des Mobilfunkausbaus im 5G-Standard belegt Hessen den letzten Platz im Ländervergleich. Selbst beim Ausbaustandard 5G DSS (Dynamic Spectrum Sharing) belegt Hessen nur den 11. Platz im Ländervergleich. Dabei beziehen sich die im Breitbandatlas ausgewiesenen Zahlen lediglich auf den Siedlungsraum. Eine Nutzung dieser Technologien in der Land- und Forstwirtschaft ist vielfach unmöglich.

Auch im Bereich der Verkehrswegeabdeckung mit 5G liegt Hessen auf Platz 13 des Länderrankings. Für ein Transitland wie Hessen ist dieses vollkommen unzureichend und birgt die Gefahr, dass Hessen von der Entwicklung wichtiger Zukunftstechnologien im Transport- und Logistikbereich abgehängt wird.

Trotz aller Mobilfunkpakete, Gipfeltreffen und aufwändiger PR-Aktionen verfehlt Hessen den Anschluss an die digitale Welt.

6. Der Landtag hebt hervor, dass mit dem eingebrachten Gesetzentwurf zur Beschleunigung des Mobilfunkausbaus keine grundlegend neue Weichenstellung erfolgt. Zwar können die angestrebten Veränderungen im Baurecht für einen weiteren Ausbau zielführend sein; es

bleibt aber bei einem Vorgehen, das den ländlichen Raum diskriminiert und keine weiteren Anreize für eine Verlagerung der Arbeit zu den Menschen setzt. Ballungsräume werden weiter gestärkt, der ländliche Bereich bleibt weiter abgehängt.

7. Der Landtag stellt fest, dass darüber hinaus Kommunen mit dem Förderprogramm „Digitale Dorflinde – WLAN-Förderung für hessische Kommunen“ bei der Errichtung kommunaler Hotspots an zentralen Plätzen und in sozialen Einrichtungen unterstützt werden. Seit 2018 sind schon mehr als 2.100 Dorflinden in Betrieb genommen worden und weitere fast 900 Dorflinden wurden bereits beauftragt. Die Digitalen Dorflinden helfen den Kommunen bei ihren Anstrengungen, einen attraktiven und lebenswerten Standort zu schaffen und gleichzeitig vielen Menschen einen kostenfreien Zugang zum Internet zu ermöglichen. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dieses Programm weiter fortzuführen und sicher zu stellen, dass an allen Bildungseinrichtungen, öffentlichen Plätzen, Sportstätten, Bahnhöfen und allen öffentlichen Einrichtungen eine kostenlose WLAN-Nutzung möglich ist.

Wiesbaden, 24. Januar 2023

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Torsten Felstehausen